

Protokoll:

Im April 2021 hat die Stadtverwaltung eine Ausschreibung für die Erstellung einer Bachelor- oder Masterarbeit zu der folgenden Fragenstellung veröffentlicht: „Welche personellen und strukturellen Ursachen sind Grundlage dafür, dass Frauen in politischen - insbesondere in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt Koblenz - proportional eklatant unterrepräsentiert sind?“. Im Rahmen dieser Abschlussarbeit sollen Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Gremien - insbesondere in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt Koblenz - ermittelt und eine Handlungsempfehlung mit geeigneten Maßnahmen entwickelt werden, um den Anteil an Frauen in der Kommunalpolitik in der Stadt Koblenz zu erhöhen. Leider ist bisher auf die Ausschreibung keine Bewerbung eingegangen.

Die Gleichstellungsbeauftragte Meike Kurtz erläutert, die Ausschreibung ist erneut veröffentlicht worden mit folgendem Verteiler Koblenz, Mainz, Kaiserslautern, Trier, Ludwigshafen und der HS der Verwaltung allgemein. Nachwuchskräfte der Stadtverwaltung Koblenz werden vom Amt für Personal und Organisation gezielt angesprochen.

Ausschussmitglied Frau Julia Kübler regt an, die Punkte: Möglichkeiten der Kinderbetreuung, Aufenthaltsräume für Kinder und private Betreuung, konkrete Endzeiten von Sitzungen und digitale Sitzungen vor der Erstellung der Arbeit verwaltungsintern zu prüfen. Oberbürgermeister Langner führt aus, zum Thema digitale Sitzungen gab es bereits Beratungen auf Landesebene. Nach den Regelungen der Gemeindeordnung (§ 35 Abs. 3 GemO) sind Gremiensitzungen grundsätzlich in Präsenz durchzuführen. Voraussetzung für die Durchführung hybrider Sitzungen wäre eine Änderung der Gemeindeordnung, die derzeit auf Landesebene nicht angestrebt ist. Was das Festlegen von Endzeiten für Sitzungen angeht, so ist eine generelle Festlegung zur Abarbeitung einer Tagesordnung nicht praktikabel.

Ausschussmitglied Frau Laura Martin Martorell befürwortet ein gemeinsames Mentoringprogramm von Parteien und Verwaltung. Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Meike Kurtz erläutert, neben persönlichen müsse es auch verschiedene strukturelle Ursachen geben, die die Masse der Frauen von der Wahrnehmung eines Mandats fernhalten. Individuelle und punktuelle Maßnahmen sind nicht erfolgversprechend, wenn nicht zuvor die Gründe für die Unterrepräsentanz der Frauen weiter näher und vertieft untersucht werden.

Nach Vorlage der Arbeit wird diese im Ausschuss vorgestellt und weitere Schritte besprochen.